

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 RM.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Hirsch-Damers).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pfg., Familienanz. 15 Pfg.
Vereinsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 80.

Berlin, Mittwoch, 5. Oktober 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Natürliche und künstliche Teuerung. — Internationaler Arbeiterschutz. — Oesterreich und die deutsche Arbeiterbewegung Oesterreichs. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeilen. — Verbands-Zeilen. — Anzeigen.

Natürliche und künstliche Teuerung.

Im „Tag“ ließ sich kürzlich der freikonser-vative Abgeordnete Dr. A r e n d t also vernehmen: „Petroleum wird teurer“, „die Kaffeepreise sind gestiegen“, „Baumwolle ist an den amerikanischen Wärfen aufs neue Gegenstand einer Haufe“ — solche Notizen finden wir täglich in den Zeitungen, ohne daß darüber irgendwelche Entrüstung laut wird, und ohne daß Magis-trat und Stadtverordnete Beschlüsse dagegen fassen. Solchen Preis-schwankungen unterwirft man sich blind, nur wenn es sich um landwirtschaftliche Erzeugnisse handelt, wird jede Steigerung zu einem unvergleichlichen Unrecht deutigerer Großgrundbesitzer gegenüber der notleidenden Gesamtbevölkerung. Gerade hierin tritt der parteipolitische Pferdeschub aller dieser Klagen und Mitleiden nur zu deutlich zutage.

In seiner Freude, einen großen Trumpf aus-spielen zu können, überfiehet Herr Dr. A r e n d t aber den entscheidenden Umstand: bei der Verteuerung unserer landwirtschaftlichen Artikel hat sich das Reich zum Vorteil der einen, zum Nachteil der anderen eingemischt und die Preise der notwendigen Waren künstlich in die Höhe getrieben. Wenn die Lebensbedürfnisse durch Steigerung der Nachfrage oder durch Abnahme der Erzeugung eine Preiserhöhung erfahren, so wäre es sinnlos, darüber politische Klagen anzustellen und den Staat verantwortlich zu machen. Die Baumwollpreise sind gestiegen, weil auf mehrere Jahre sehr großer Ernten zwei Jahre mit sehr kleiner Produktion gefolgt sind. Man betont wohl die Nachteile dieses Wandels für die Massen der unbemittelten Ver-bräuder wie für die Textilindustrie, nimmt sie aber hin als die Folgen eines unabänderlichen Natur-ereignisses. Weder das Deutsche Reich noch die Ver-einigten Staaten tragen die Schuld daran. Es sind nicht einmal Verteuerungssyndikate oder Trusts vorhanden, die einen preisbeherrschenden Einfluß aus-üben könnten. P e t r o l e u m und K a f f e e werden zwar in Deutschland auch durch die Zollpolitik verteuert. Mag man nun über die sozialpolitischen Wirkungen denken, wie man will, den einen Vor-zug hat jedenfalls die Zollbelastung dieser Artikel vor den Korn- und Fleischzöllen voraus, daß jeder Pfennig, um den sich der Preis der Ware insolge der Zölle erhöht, in die Reichskasse fließt. Auf irgend eine Weise müssen ja doch schließlich die Mittel, deren das Reich zur Befriedigung der öffentlichen Bedürfnisse bedarf, aufgebracht werden; und wenn Kaffee- und Petroleumzoll auch sicherlich nicht die geeignetste Art darstellen, so ist immer anzuerkennen, daß sie immer gemein-nütziger, nicht immer egoistischem Zwecke dienen.

Bei den Zöllen auf Korn und Fleisch sowie andere landwirtschaftliche Erzeugnisse dagegen ist es Folge und sogar beabsichtigter Zweck, daß der weitaus größte Teil der Verteuerungssumme nicht dem Reiche zur Deckung der notwendigen Ausgaben zur Verfügung gestellt wird, sondern den großen und mittleren landwirt-schaftlichen Grundbesitzern in Gestalt einer Steigerung ihrer Ein-nahmen zugute kommt. Diese Tatsache muß aber immer aufs neue lebhafteste Erbitterung hervorrufen. Ubaraus magere Kühe erwecken auch nicht gerade Freude im Lande. Wenn aber Natur-gewalten sie schaden, muß man sie hinnehmen, dabei jedoch Vorkehrungen treffen, daß nicht etwa Hun-gernöte entstehen. Die deutschen Lebensmittel-zölle, wie sie sich nunmehr ausgebildet haben, machen

die Kühe künstlich mager, sie schaffen Mangel, damit die Produzenten reichere Einnahmen ein-heimen. Mit einer solchen Politik werden die nichtbesitzenden, überhaupt alle nichtlandwirtschaft-lichen Kreise niemals einverstanden sein.

Begreiflicherweise steigert sich die Erbitterung der Konjumenten und der Eifer, mit dem die ihnen nahestehenden Politiker ihre Interessen wahrneh-men, wenn sich zu der künstlich geschaffenen Teue-rung ein natürlicher Mangel stellt. Niemand bestreitet dem Landwirte das Recht auf eine Preiserhöhung, wenn geringere Erzeugung das An-gebot beeinträchtigt oder eine Bevölkerungszunahme den Bedarf vergrößert; niemand tadelt die An-strengungen der Landwirte, den Markt möglichst nach ihrem Vorteil zu gestalten. Selbst der Vieh-zucht rentabler zu machen — man mag ihm aus so-zialen, aus hygienischen Gründen oder, weil man das Syndikatswesen grundsätzlich bekämpft, ent-gegenzutreten —, kann inwieweit nicht beurteilt wer-den, als er nicht die Staats-hilfe in Anspruch nimmt, sondern auf dem Boden der S e l b s t h i l f e steht. Die Agrarier sind allerdings in diesem Punkt nicht konsequent, da sie sich des Syndikats-wesens, z. B. auch in der Spirituszentrale, be-dienen, aber aufs tiefle empört sind, wenn das Kohlen-syndikat die Preise emporschraubt. Wir teilen ihre Erbitterung darüber, wir verurteilen eine Politik, wir beklagen eine wirtschaftliche Ent-wicklung, die solche Erscheinungen begünstigt. Aber was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Davon wollen aber die Agrarier nichts wissen, so-bald es sich um ihren Vorteil handelt. So ist z. B. Kall ein Artikel, den die deutsche Landwirt-schaft alljährlich in großen Mengen verbraucht. Diesen verlangen sie billig und rufen ohne weiteres den Staat an, damit er den Kalibergbau zwinge, ihnen reichlich und zu niedrigen Preisen, dem Aus-lande dagegen wenig und teuer zu verkaufen.

Wenn nun weite Volkskreise über die Fleisch-teuerung empört sind, so zeigen sich die Agrarier tief enttäuscht über diese Stimmung, weil die Preise anderer Waren und in anderen Ländern auch die Vieh- und Fleischpreise ebenfalls steigen. So töricht sind die Konjumenten aber nicht, daß sie über eine Verteuerung, die in Naturvorgängen ihre Ur-sache hat, klagen; sie können vielmehr auch dem Landwirt das Seine. Aber daß zu dieser natür-lichen Teuerung der Staat noch eine künstliche hinzufügt, das ruft gerechten Zorn hervor. Die Zölle auf landwirtschaftliche Artikel wurden in einer Periode sehr niedriger Preise eingeführt und mit Rücksicht auf diese begründet und bemessen. Jetzt haben die niedrigen Preise längst aufgehört, und die Wortführer der Agrarier heben selbst her-vor, daß auch im Auslande die Preise gestiegen sind. Trotzdem bestehen die Verteuerungszölle fort, hin-dern eine rationelle Viehfütterung und verteuern damit auch das Fleisch. Deshalb darf unter den Maßnahmen, die zur Milderung der Fleischnot ge-fordert werden, die Aufhebung der Futterzölle nicht außer acht gelassen werden.

Internationaler Arbeiterschutz.

In der letzten Septembertage in Lugano (Schweiz) die 6. Delegiertenversamm-lung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. Der Präsident der Vereinigung, Regierungsrat des Kantons St. Gallen, Heinrich S c h e r r e r, wies bei Eröffnung der Tagung darauf hin, daß nunmehr ein Jahrzehnt seit dem Bestehen der Vereinigung, deren Gründung von dem französischen Minister W i l l e r a n d angeregt worden war, verfloßen sei. Die Vereinigung sei der Träger einer großen

völkerverbindenden Idee. Erreicht sei das Verbot der Verwendung weißen Phosphors und der Nachtarbeit der Frauen. In Schweden und Norwegen hätten sich Landessektionen gebildet, die der Ver-einigung beigetreten seien, und endlich habe sich auch die Regierung von Großbritannien ange-schlossen. Alle Kulturländer sind nunmehr an der Vereinigung beteiligt.

Die deutsche Reichsregierung war durch Herrn Geheimrat Koch vom Reichsamt des Innern ver-treten; das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe hatte Herrn Geheimrat F r i e d l a n d t, Einzelne Staaten hatten ihre führenden Fabrik-inspektoren delegiert, so z. B. Baden Herrn Geheimrat B i t t m a n n - K a r l s r u h e und Hessen Herrn K ö f f e r - D a r m s t a d t. Die Deutschen Gewerke-vereine waren durch ihren Verbandsvorsitzenden, Kol-legen Goldschmidt, vertreten. Die deutsche Gruppe wurde geführt durch die Herren Staats-minister Dr. Freiherr v. B e r l e p s c h und Pro-fessor Dr. Ernst F r a n d e.

Gleichberechtigte Kongresssprachen waren Deutsch, Französisch und Englisch. Für diese Sprachen waren Uebersetzer tätig, während die Reden in anderen Sprachen unübersetzt bleiben mußten.

Das in fleißiger Arbeit behandelte Material ist so umfangreich, daß wir mit Rücksicht auf den Raum unseres Blattes nur die wichtigsten Beschlüsse in knapper Darstellung wiedergeben können. Alle Beschlüsse werden in Kommissionen vorbereitet. Beschlossen wurde, die Staatsregierungen Däne-marks und Spaniens aufzufordern, die Arbeiter-schutzverträge von Bern nunmehr zu ratifizieren. Die Staaten Norwegen, Rußland und Finnland, Türkei, Ostindien, die australischen und kanadischen Kolonien und Südafrika sollen ersucht werden, der Berner Konvention vom 26. September 1906 (Verbot des weißen Phosphors und Verbot der Frauen-nachtarbeit) beizutreten. Die amerikanische Sek-tion wurde ersucht, bei den Regierungen der Einzel-staaten der Union dahin zu wirken, daß durch Er-lasß geeigneter Kranken- und Unfallversicherung-ge-setze auch für nichteingeborene Arbeiter die Grundzüge der Genfer Versammlung zur Ausfüh-rung gelangen.*)

Ueber die Fragen der internationalen Unfallversicherung und des Schutzes der Eisenbahn- und Verkehrsarbeiter sollen der künftigen Delegiertenversammlung weitere Berichte er-stattet werden. Für die nächsten Arbeiten der Ver-einigung stellte die Versammlung in Lugano fol-gendes Programm auf:

I. Die Delegiertenversammlung hält den Zeit-punkt für gekommen, an welchem bei den verschiedenen Regierungen Schritte zum Abschluß eines inter-nationalen Abkommens über folgende Punkte zu unter-nehmen sind:

1. Verbot der Nachtarbeit der Jugendlichen;
2. Beschränkung der Dauer der täglichen Arbeitszeit der Frauen auf 10 Stunden;
3. Beschränkung der Dauer der täglichen Arbeitszeit der Jugendlichen auf 10 Stunden.

Eine Spezialkommission wird eingesetzt mit dem Auftrage, über die beiden letztgenannten Punkte eine Denkschrift vorzubereiten, welche die Elemente eines internationalen Abkommens enthalten soll.

II. Eine Spezialkommission wird eingesetzt mit dem Auftrage, die Mittel und Wege zu suchen, wie die Gleich-behandlung der inländischen und ausländischen Ar-beiter nicht nur bei der Versicherung gegen Betriebsunfälle, sondern auch auf anderen Gebieten der Sozialver-sicherung gewährleistet werden kann, und hierüber der nächsten Delegiertenversammlung Bericht zu erstatten.

III. Eine Spezialkommission wird eingesetzt mit dem Auftrage, die Durchföhrung der Gebote zum Schutze der Kinderarbeit in den verschiedenen Ländern

*) „Gewerkeverein“ Nr. 40, 1906.

zu untersuchen und eine zusammenfassende Darstellung der von den Sektionen auf Grund der Luzerner Beschlüsse angestellten Untersuchungen zu liefern.

IV. Zusammenwirken mit andern internationalen Vereinigungen. Das Bureau wird ermächtigt, mit den internationalen Vereinigungen, die ähnliche Ziele verfolgen wie die Internationale Vereinigung für gesellschaftlichen Arbeiterschutz, in Verbindung zu treten, um über finanzielle oder materielle Fragen, die gemeinschaftliche Interessen berühren, zu einem Einvernehmen zu gelangen.

Die Frage der gewerblichen Gifte wurde durch eine besondere Kommission eingehend erörtert. Der weiße Phosphor, der so furchtbare Erkrankungen der Arbeiter (Phosphorharnsteine) im Gefolge hatte, wurde inzwischen auch in den französischen, britischen und niederländischen Kolonien verboten. Auch die Bundesregierung Australiens hat dieses Verbot inzwischen durchgeführt. Der ungarische Handelsminister stellte für seine Heimat die baldige Einführung des Phosphorverbotes in sichere Aussicht. Deutschland war auf diesem Gebiete vorangegangen. Beschlossen wurde, die Verwendung von Bleifarben für den Innenastrich zu verbieten. Auch in dieser Frage ist Deutschland den anderen Nationen bereits vorangegangen. Petitionen sollen vorbereitet werden für die Einführung hygienischer Maßnahmen in der keramischen und polygraphischen Industrie. Eine von Professor Sommerfeldt, Berlin und Dr. Fischer-Frankfurt a. M. aufgestellte Liste der gewerblichen Gifte soll durch die einzelnen Landessektionen unter Mitwirkung der Staatsregierungen eine Durchsicht und Ergänzung erfahren. Nachdem dies geschehen ist, soll die Liste nach dem 1. April 1911 der Öffentlichkeit übergeben werden.

Die Internationale Vereinigung wird bei den verschiedenen Regierungen darauf dringen, daß die Aufstellung gesetzlicher Schutzmaßnahmen für Cassonarbeiter nach dem Beispiele Frankreichs und der Niederlande in Angriff genommen wird. Die Gefahren der Taucherarbeit sollen international erörtert und ihnen durch geeignete Maßnahmen vorgebeugt werden. Die nächste Versammlung 1912 in Zürich soll sich mit dieser Frage weiter beschäftigen. Dies soll auch geschehen mit den Fragen des Giftschutzes in der Heimarbeit. (Schluß folgt.)

□ Oesterreich und die deutsche Arbeiterbewegung Oesterreichs.

IV. In keinem Lande liegen die Beziehungen der Politik zur wirtschaftlichen Organisation so deutlich vor Augen und machen sich immerfort so fördernd oder hemmend bemerkbar wie in Oesterreich. Deshalb ist es kein Zufall, daß politische Organisationen die Väter, zum mindesten die Väter aller Gewerkschaftsrichtungen waren.

Als die Entwicklung besonders des Tschechentums zu nationalem Selbstbewußtsein sich anfangs bemerkbar machte, blieben die Deutschen zunächst allzuwahrlich wohlwollend darauf, danach mehr höhnisch, im Gefühl unerreichbarer Ueberlegenheit. Und als die Dinge weiter gingen, verschloß man eine Weile die Augen dagegen, um nachher in einen Strom von Redenarten zu verfallen, auf sein altes „Recht“ usw. zu pochen. Immer aber noch mit dem Gefühl: Ihr könnt uns sonst was! Dann kam 1893 das slavische Ministerium Wadenias wider. Mit seiner Sprachverordnung — die deutsche Sprache wurde als Staatssprache beseitigt — brachte es die Deutschen aus dem Schlummer. Und nun regte es sich allerwege. Auch die Arbeiter wurden in diese Strömung hineingegriffen und bildeten deutsche, d. h. politische Arbeitervereine. Nach mannigfachen, fehlgeschlagenen Versuchen entstand aus den politischen Arbeitervereinen im Jahre 1903 der erste Gewerksverein, der „Rechtsschutz- und Gewerksverein deutscher Eisenbahner Oesterreichs“. Neben ihm entstanden nach mannigfachen inneren Krisen im Laufe der nächsten Jahre weitere Berufsverbände. Die Mehrzahl dieser schloß sich dann im Herbst 1909 zur „Zentralkommission deutscher Arbeitnehmerverbände“ in Wien zusammen.

Aus der Jugend der Bewegung ergibt sich schon, daß noch manches in ihr unfertig und ungeklärt ist. Daraus erwächst auch eine Einrichtung, für die man in Deutschland bei oberflächlicher Betrachtung nur wenig Verständnis hat, die sogenannten gemischten Gewerksvereine. Oesterreichs industrielle Entwicklung ist viel weniger ausgeprägt als die reichsdeutsche. Es beschäftigt nur 8 138 000 Menschen in Industrie und Bergbau, gegen 11 256 000 in Deutschland. Die Arbeitermassen häufen sich nicht so an. Der Verdienst ist geringer und die gewerkschaftliche Schulung viel dünner verbreitet. Es fehlt deshalb auch oft noch

das Verständnis für die Berufsorganisation, und die ehemals deutsch-nationalen Arbeitervereine sind noch nicht überall in Berufsgewerksvereine umgebildet. Man hat deshalb zu dem Hilfsmittel der „gemischten Gewerksvereine“ gegriffen. Wo die Verhältnisse zur beruflichen Organisation noch nicht reif sind, trachtet man danach, die politischen Arbeitervereine zunächst in interberufliche Gewerksvereine umzubilden. Aus ihnen sollen dann nach und nach weitere Berufsgewerksvereine herauswachsen. Es mögen nun die wichtigsten Zahlen folgen über die Stärke der deutschen Arbeiterbewegung in Bisleithanien:

A) Berufsgewerksvereine.

Name	Zeit der Gründung	Mitgliederzahl	Sitz
1. Bund D. Feiseur- u. Gehilfen	Nov. 1909	25	Wien
2. D. Glasarbeiterverband	Aug. 1909	320	Leptig-Schönau
3. D. Handlungsgesilfenverband	1903	7071	Wien
4. D. Metallarbeiterverb.	März 1907	1238	Gablons
5. D. Bauarbeiter	März 1909	1500	Karlssbad
6. D. Berg- u. Hüttenarb.	1903	1600	Brüg
7. D. Eisenbahner	1903	12486	Wien
8. D. Holzarbeiter	1905	700	Leptig-Schönau
9. D. Postbeamten	Okt. 1908	2000	Wien
10. D. Arb. der chemischen Industrie	1907	600	Kuffig
11. D. Tabakarbeiter	Jan. 1910	670	Jglau
12. D. Textilarbeiter	1909	300	Sothenstadt
zusammen 28505			

B) Gemischte Gewerksvereine.

18. Bezirksstell. Kuffig	1906	8000	Kuffig
14. Bund D. Arb. Mährens	Juli 1907	5000	Olmutz
15. Deutschösterreichischer Gewerkschaftsbund	1907	800	Braunau
16. D. Arbeiterfch. Schlesien	1907	2300	Zroppau
17. D. Staatsangestellte	1907	3200	Wien
18. D. Staatsbeamte	1909	1200	Brünn
19. D. Staatsbeamte	1904	4480	Prag
20. Allg. D. Gewerksverein	März 1910	1000	Wien
zusammen 20930			

C) Der Zentralkommission angeschlossene Verbände, die keine Berichte ein sandten.

21. D. Staatsdiener Böhmen	?	1200	Prag
22. D. Staatsangestellte Rärnten	?	400	Klagenfurt
23. D. Staatsangestellte Oberösterreich	?	800	Linz
24. D. Staatsangestellte Mährenländer	?	200	Triest
25. D. Staatsangestellte Steiermark	?	500	Gratz
26. D. Finanzangestellte	?	800	Prag
27. Gauverb. Eger	?	2100	Karlssbad
28. Staatsangestellte Tirol	?	400	Innsbruck
29. Bezirksverband D. Arb. Komotau	?	1200	Komotau
30. Bezirksverband D. Arb. Oberleutensdorf	?	2000	Oberleutensdorf
31. Bezirksverband Nordmähren	?	1900	Dug
32. Bezirksverband D. Arb. Bodenbach	?	1700	Bodenbach
zusammen 13200			

Der Zentralkommission nicht angeschlossene:

33. Käuflente Unter	1904	2500	Wien
34. Arbeiterbund Alpenland	1900	1400	Gratz
35. Reichsbund	?	3000	Reichenberg
36. do. Donauländer	?	1200	Wien
37. do. Germania	?	1800	Wien
zusammen 9900			
Gesamtsumme 72535			

Da die für den unter 31 aufgeführten Verband angegebenen Zahlen zu gering sind (der Verband hat rund 4000 Mitglieder), so ergibt sich eine Gesamtstärke von rund 75 000 Mitgliedern, von denen rund 65 000 der Zentralkommission angeschlossen sind. Daß die ganze Bewegung noch unfertig ist, lassen die Zahlen deutlich erkennen, und das starke Vorwiegen des Beamtentums verstärkt diesen Eindruck. Bedenkt man jedoch, daß die meisten Verbände erst wenige Jahre alt sind, so bieten die Zahlen erbeulich mehr, als man erwarten konnte.

Was die Beiträge anbetrifft, so ist die Höhe derselben auch nach unseren Begriffen nicht mehr gering. Bei den Berufsgewerksvereinen schwankt der Beitrag zwischen 60 Heller (1 Krone = 100 Heller = 85 Bfg.) im Monat (Nr. 9 der obigen Liste) und 1 Krone monatlich (Nr. 7) und 30 Heller wöchentlich bis 80 Heller wöchentlich (Tabakarbeiter). Die Metallarbeiter zahlen 50 Heller, Bergarbeiter 55 Heller, Holzarbeiter 40 Heller. In den Sonderungen, in der Art ihres Auftretens den

Unternehmern gegenüber sind die Organisationen anderer Deutschen Gewerksvereine sehr nahe verwandt. Ein solcher Unterschied ist nicht erkennbar; sie sind freiheitlich und national.

Die Stärke der Bewegung hängt natürlich auch ab von der Bedeutung der anderen Organisationsrichtungen. Es bestehen noch christliche Gewerkschaften, die von Ursprung her national organisiert sind, d. h. sich in deutsche, tschechische, polnische und slowenische Vereine teilen. Eine neuere Entwicklung, die anscheinend unter dem geistigen Einfluß der christlichen Gewerkschaften Reichs-Deutschlands steht, strebt nach internationalen Zentralverbänden. Solche gab es 1909 16. Die gesamten christlichen Gewerkschaften zählten 84 237 Mitglieder, von denen 49 666 als Deutsche ausgegeben werden.

International gibt sich auch die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung. Jedoch geht es ihr herzlich schlecht. Sie zählte Mitglieder:

1907	463 671
1908	447 217
1909	415 256

Der Grund des Rückganges liegt wesentlich in nationalen Streitereien in der Sozialdemokratie. Die Tschecho-Slawen gründen eigene Gewerkschaften, um sich von der „Tyrannei der Internationalen“, d. h. der meist deutschen Führer, zu befreien. Ueber diesen Vorgang ist noch weiter zu reden. Unter den international organisierten Gewerkschaften sollen sich 318 700 = 67,8 Prozent Deutsche befinden. 38 Prozent aller Mitglieder sind allein in Wien.

Ein Vergleich der Zahlen zeigt, daß die deutschen Gewerksvereine Oesterreichs unter den deutschen organisierten Arbeitern eine noch starke Stellung einnehmen.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 4. Oktober 1910.

Die Verhandlungen im Werftarbeiterkampf, die am Montag in Hamburg fortgesetzt worden sind, haben noch kein Resultat ergeben, sondern sind auf den heutigen Dienstag vertagt worden. Die Situation ist noch völlig ungeklärt, und es läßt sich nach den uns kurz vor Schluß der Redaktion eingegangenen direkten Nachrichten noch kein Schluß auf den Ausgang der Verhandlungen ziehen.

Gewerbegerichtswahl in Berlin. Im Gemeindeblatt der Haupt- und Residenzstadt Berlin teilt der Magistrat mit, daß das letzte Drittel der Gewerbegerichts-Wähler — 70 Arbeitgeber und 70 Arbeitnehmer — Ende des Jahres ausgeschieden und für die Erstwahlen stattfinden haben. Diese Wahlen sind festgesetzt für die Arbeitgeber auf Freitag, den 11. November, und für die Arbeitnehmer auf Sonntag, den 13. November. In dem Wahlreglement sind wesentliche Änderungen nicht getroffen. Für die Wahlen der Arbeitnehmer sind bedauerlicherweise auch dieses Mal keine Wählerlisten aufgestellt worden. Wir weisen heute schon kurz auf diese Wahlen hin. Allzu lange Zeit für die Vorbereitungen ist nicht gelassen. Umso mehr ist es Pflicht aller Berliner Kollegen, schon jetzt mit aller Energie an die Vorbereitungen heranzugehen, damit das Resultat dieser Gewerbegerichtswahl noch günstiger ist als das der vorigen.

Die Reichsversicherungsordnungs-Kommission hat in ihrer letzten Sitzung die Beratung über die landwirtschaftliche Unfallversicherung fortgesetzt. Bei dieser Gelegenheit wurde von neuem der Versuch unternommen, eine Bestimmung einzuführen, daß die Renten bis zu 20 Prozent auf Zeit gewährt würden. Auch hier wurde diese Versicherung abgewehrt. Die landwirtschaftlichen Arbeiter sind gegenüber den gewerblichen dadurch benachteiligt, daß die Renten nicht nach dem tatsächlichen Verdienste des Verunglückten, sondern nach dem Jahresarbeitsverdienste, den landwirtschaftlichen Arbeiter am Beschäftigungsorte durchschnittlich erzielen, berechnet werden. Ein Versuch, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, mißglückte leider. Nach wie vor soll es ferner zulässig sein, daß ein Teil der Rente mit Zustimmung des Berechtigten in Naturalien gewährt werden darf. Dazu wurde von einem konservativen Vertreter beantragt, die Entschädigung in Naturalien auch ohne Zustimmung des Berechtigten zuzulassen; der Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Der Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen, der ursprünglich auf den 8. November festgesetzt war, soll nach einer offiziellen Meldung erst

am 22. November erfolgen. Die schon seit längerer Zeit geübte Praxis, die Wiederaufnahme der parlamentarischen Beratungen möglichst weit hinauszuschieben, soll also auch in diesem Jahre zur Anwendung gelangen. Begründet wird dieses Verhalten mit den Rücksichten auf die noch in voller Arbeit befindlichen Kommissionen zur Vorberatung der Strafprozeßordnung und der Reichsverfahrensordnung.

Diese Gründe sind nicht stichhaltig. Auch ohne diese beiden wichtigen Entwürfe würde es dem Reichstage an Beratungsstoff nicht fehlen. Nachher bleiben so und so viele Vorlagen unerledigt, weil keine Zeit zur Beratung da ist. Deshalb ist auch die geplante Verzögerung tief zu beklagen. Wie immer wird die Arbeiterchaft der Leidtragende sein, denn meist sind es sozialpolitische Gesetze, die unerledigt bleiben.

Arbeiterbewegung. Die Arbeitgeber in der Metallindustrie rüsten sich zu der angekündigten Ausperrung. Aus allen Teilen des Reiches kommen Nachrichten, daß die Metallarbeiter zum 8. Oktober gekündigt sind. Allerdings läßt sich noch nicht genau sagen, ob der Beschluß des Verbandes Deutscher Metallindustrieller allgemeine Befolgung findet. Jedenfalls sei auch an dieser Stelle noch einmal darauf hingewiesen, daß ohne Anweisung seitens der Gewerkschaften keine Schritte unternommen werden dürfen. — Der Arbeitgeberverband der Rheinischen Seidenindustrie hat einstimmig beschlossen, in 14 Tagen eine allgemeine Ausperrung vorzunehmen, falls der Ausstand bei der Firma Eisländer in Krefeld bis dahin nicht beendet ist. Ungefähr 15 000 Arbeiter und Arbeiterinnen kommen dabei in Frage. — Der Streik bei der Kohlenfirma Krage u. Co. in Berlin, der den Anlaß zu den Straßenkämpfen in Moabit gegeben hat, dauert noch immer fort, da die Firma hartnäckig alle Vermittlungsversuche zurückweist. — Die Heizungsmonteure und Helfer in Rheinland-Westfalen haben einen Tarifvertrag abgeschlossen, der ihnen die 9/4stündige Arbeitszeit sowie Mindestlöhne von 60 und 65 Pf. für Monteure und 40 und 45 Pf. für Helfer gewährleistet. — Bei der Firma F. Kneifel, Möbelrollenfabrik und Gebirgserei, in Berlin haben sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Die Firma weigert sich, ihrer Arbeiterchaft eine den Verhältnissen entsprechende Zulage zu gewähren. Bis her betragen die Stundenlöhne für gelernte Arbeiter 40 bis 50 Pf. Noch ehe die Verhandlungen beendet waren, hatte die Firma die vier in ihrem Betriebe beschäftigten Former entlassen. — Die Ausperrung in der Laufischer Textilindustrie konnte noch im letzten Augenblick vermieden werden, nachdem auf Grund vorübergehender Verhandlungen der Streik in Fort bestandig war.

Ein gewaltiger Kampf ist in der englischen Baumwollindustrie ausgebrochen. Anlaß dazu hat die Weigerung eines Arbeiters gegeben, eine Maschine zu puzen. Der Betreffende wurde entlassen, worauf sich seine Kollegen mit ihm solidarisch erklärten. Wir werden auf die Angelegenheit noch näher zurückkommen. Jedenfalls steht heute schon fest, daß am 1. Oktober etwa 700 Baumwollspinnereien geschlossen worden sind, wodurch etwa 150 000 Arbeiter beschäftigungslos wurden. Der Kampf wird noch weitere Kreise ziehen.

Als Schilling des Agrariertums tritt der deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband immer offener hervor. In einem Flugblatt, das gezeichnet ist von Paul Walz, Berlin C, Köhstr. 21-25 III, das ist die Geschäftsstelle des deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, wird dem Verein der Deutschen Kaufleute, Berlin, vorgeworfen:

Der Verein der Deutschen Kaufleute hat auf seinem letzten Vereinstage für die Regelung der Gehaltsfrage in einer Entschließung den Kampf gegen das Agrariertum gefordert. Das ist nicht allein Unfähigkeit in der Vertretung unserer Berufsinteressen, das ist ausgeprägte parteipolitische Stellungnahme.

Herr Walz ist der zweite Beamte, neben dem aus dem Schad-Walz-Kampfe bekannten Thoma, des deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes auf der Geschäftsstelle Berlin. Man hat es also hier mit einer Erklärung eines leitenden Beamten des deutschnationalen Verbandes zu tun. Besonders charakteristisch ist die Bemerkung in dem deutschnationalen Flugblatt noch dadurch, daß der Verein der Deutschen Kaufleute in seiner Entschließung mit keinem Wort von dem Kampfe gegen das Agrariertum gesprochen hat. Es heißt in der Entschließung des Vereins:

„daß zwischen dem volkswirtschaftlichen Wert der von den Handlungsgehilfen geleisteten Arbeit und ihrer

Begahlung ein großes Mißverhältnis besteht. Dieses Mißverhältnis hat durch die geübten Maßnahmen der letzten Jahre auf wirtschafts-, zoll- und steuerpolitischem Gebiet eine Verschärfung erfahren, die eine wirksame Befämpfung durch die organisierte Handlungsgehilfenchaft in besonderem Maße erfordert.“

Kein Wort vom Agrariertum! Aber Herr Walz vom deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbande ist eben der Ansicht, wenn von einer Befämpfung der mitleiden Lage der Handlungsgehilfen, die durch die geübten Maßnahmen der letzten Jahre auf wirtschafts-, zoll- und steuerpolitischem Gebiet eine Verschärfung erfahren, die Rede ist — so handelt es sich um den Kampf gegen das Agrariertum. Vom Standpunkt der deutschnationalen Handlungsgehilfen aus ist das natürlich verwerflich, und man stellt sich schüßend vor das Agrariertum. — Wollen Handlungsgehilfen sich das wirklich gefallen lassen? Wir meinen, daß sie alle Urteile haben, solche Schmutztruppe für das Agrariertum nicht zu bilden. Sie sollten Walz und Genossen recht bald und recht deutlich sich von ihren Rockschößen abwimmeln.

Zur Vinderung der Fleischnot hat das bayerische Ministerium des Königl. Hauses und des Meuberen an die Handelskammern und den bayerischen Industriellen-Verband eine Anregung gegeben, die so charakteristisch ist, daß wir darauf etwas näher eingehen müssen. Die Auslassung lautet:

„Die seit Jahren steigenden Vieh- und Fleischpreise geben Veranlassung, alle Mittel zu ergreifen, die eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen vermögen. Hierzu gehört u. a. auch die weitgehende Einführung der Kaninchenzucht unter der Arbeiterbevölkerung. Durch sachgemäßen Betrieb der Kaninchenzucht könnten alljährlich große Mengen eines im Nährwert und bei richtiger Zubereitung den übrigen Fleischgattungen nicht nachstehenden Fleisches im eigenen Haushalt billig erzeugt werden. Die Industriezweige könnten ohne große Kosten durch Beihilfen beim Bezug von Schlachtkaninchenkästen, unter Ausschluß der Sportrasen, durch Anlage billiger Kaninchenhülle und durch Vereinfachung von Grundstücken zum Anbau des notwendigen Futters ihren sonstigen Wohlfahrts-einrichtungen eine neue Einrichtung von großer volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Bedeutung angedeihen. Der drohenden Steigerung des Milchpreises könnte ferner durch Begünstigung der Ziegenhaltung unter der Arbeiterbevölkerung begegnet werden. Auch hier könnte durch Beihilfen bei der Beschaffung von Milchziegen, durch Anlage von Stallungen, namentlich beim Bau von Arbeiterwohnhäusern, durch Aufstellung von Zuchtställen und durch Ablassung von Grundstücken für den Futterbau zum leichteren Bezug und zur Verbilligung eines der wichtigsten Nahrungsmittel durch die Industrie beigetragen werden.“

Also statt Rindfleisch sollen die Arbeiter Kaninchenfleisch essen und statt Kuhmilch Ziegenmilch verwenden. Der Genuß von Kaninchenfleisch ist genug nicht zu verachten, auf die Dauer aber wird kein Mensch, an dessen Muskelfkräfte größere Anforderungen gestellt werden, damit auskommen können. Aber noch etwas anderes! Wie sollen wohl die Arbeiter in den Großstädten es anfangen mit der Kaninchenzucht? Wo sollen sie die Tiere halten? Der Mann, der jenen Erlaß verfaßt hat, hat offenbar keine Ahnung davon, wie die übergroße Mehrzahl der deutschen Arbeiter wohnt.

Ein Gutes hat allerdings obige Rundgebung: Die Tatsache, daß die Vieh- und Fleischpreise ebenso wie der Milchpreis seit Jahren ständig steigen, wird offen zugegeben. Soffentlich nehmen der Reichskanzler und auch der preussische Landwirtschaftsminister davon Notiz.

Etwas mehr Einsicht scheint die badische Regierung zu besitzen. Sie hat nämlich die Ein- und Durchfuhr von Kindern und Ziegen aus einer großen Anzahl schweizerischer Kantone seit dem 22. September d. J. wieder zugelassen und damit zu erkennen gegeben, daß auch sie in der Deckung der Grenzen das Hauptmittel zur Beseitigung oder doch Vinderung der Fleischnot erblickt. Schade, daß diese Einsicht nicht auch bei den übrigen Regierungen vorhanden ist!

Der Deutsche Käuferbund hat an die Gemeinden Groß-Berlins die Bitte gerichtet, sich für die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zu entscheiden. Von den Gegnern der Sonntagsruhe wird immer auf die großen Einnahmen an den Sonntagen hingewiesen. Also der Konsum trägt die Schuld! Deshalb richtet der Deutsche Käuferbund an das laufende Publikum, vor allem an die Frauen, die Mahnung, keine Einkäufe an den Sonntagen zu machen und dadurch zu zeigen, daß es gern dazu beitragen will, Geschäftsinsabern wie Angestellten einen ununterbrochenen Ruheztag zu ermöglichen.

Die Frauen der Arbeiter werden dieser Mahnung sicherlich, soweit es in ihren Kräften steht,

gern Folge leisten. Wo allerdings die Lohnzahlung noch am Sonnabend stattfindet, wird sich die Sache nicht allzu leicht durchführen lassen.

Der Verein für Volksunterhaltungen in Berlin hat wiederum das Programm für die Saison 1910-11 verfaßt. Wie in den früheren Jahren, so zeichnet es sich auch diesmal durch große Reichhaltigkeit, Giebigkeit und Abwechslung aus. Wir werden, wie das auch bisher geschehen ist, die einzelnen Veranstaltungen des Vereins allmähentlich mitteilen. Gleichzeitig aber veröffentlicht wir nachfolgend die Biletterverkaufsstellen des Vereins für Volksunterhaltungen, in denen stets acht Tage vor jeder Veranstaltung Eintrittskarten zu haben sind. Diejenigen unserer Leser, die daran Interesse haben, mögen sich diese Notiz aussuchen, da die Adressen nur einmal in jedem Jahre bekannt gegeben werden können:

B. Kleffel, Münzstr. 30 (werktäglich 9-12 und 3-6 Uhr); Georg Trams, Kraußstr. 26a, III; Kaufmännischer Verband für weibl. Angestellte, Köpenickerstr. 74 II, Hof, Aufgang A I (werktäglich 4-9-4 Uhr); F. Rofessel, Eisenbahnstr. 67 (werktäglich 8-11 und 5-8 Uhr); S. Wiegner, Halleische Straße 28; M. Dreier, Genthinerstr. 34; Raabe u. Blothow, Potsdamerstr. 21; Guido Thieme, Turmstr. 14; Lehrer Emil Dörr, Böghowstr. 24 III; Hans Kiesel, Uhländstr. 163; Georg Lohnd, Müllerstraße 175; W. Rubenow's Buchhandlung, Brunnenstraße 134; Gustav Wildgrube, Kummelsbura, Wühlischstr. 33.

Außerdem findet eine halbe Stunde vor jeder Veranstaltung ein Biletterverkauf an der Kasse statt.

Gewerkschaften-Teil

Berlin. Am Donnerstag, den 29. September, fand im Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften eine gut besuchte Vertrauensmännerversammlung des Gewerkschafts der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (Girch-Dunder) statt, in der Bezirksleiter Kollege Joseph über den Werftarbeiterstreik und die angekündigte große Ausperrung referierte. In der eingehenden Diskussion, die durchaus sachlich und ohne große Erregung verlief, wurde die bisherige Taktik der Hauptleitung gebilligt und beschlossen, daß im Laufe der nächsten Woche nochmals eine Versammlung stattfinden soll, die zur Ausperrung Stellung nimmt. Ferner wurde eine Entschließung angenommen, daß die Vertrauensmänner von Groß-Berlin ihre Bereitwilligkeit erklären, bei der etwa kommenden Ausperrung alle Opfer auf sich zu nehmen, die von der Hauptleitung als notwendig erkannt werden.

Wöbeln. Zum 24. September hatte der hiesige Ortsverband eine außerordentliche Versammlung einberufen, die sehr zahlreich besucht war, und in welcher der Verbandsobmann Kollege Lewin einen Vortrag hielt über die Stellung der Deutschen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung. Der Redner gab einleitend einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und schloß, wie Dr. Max Gierch dazu gelangt ist, auf Grund eingehender Studien in England an die Gründung der Deutschen Gewerkschaften heranzugehen. Sein bester Gegner war der sozialdemokratische Herr v. Schweiber, der in der Begründung der Deutschen Gewerkschaften eine Gefahr für die politische Sozialdemokratie erblickte und deshalb Gegenorganisationen gründete. Nachdem die auf sozialistischem Boden stehenden Organisationen durch das Sozialistengesetz beseitigt waren, entstanden nach der Aufhebung des Gesetzes die sogenannten freien Gewerkschaften, die der Generalkommission angeschlossen sind. Im Anschluß daran besprach der Redner die Entstehung der christlichen Gewerkschaften und der katholischen Fachabteilungen. Anlaß dazu die verschiedenen Organisationen, die doch im Grunde genommen alle die Hebung der Lage der Arbeiterchaft bezwecken, nebeneinander an der Erreichung dieses Ziels arbeiten, befehlen sie sich gegenseitig auf das bestmögliche und bieten dadurch das Bild der Ohnmacht und Zersplitterung. Andererseits haben die Unternehmer sich einheitliche Organisationen geschaffen, mit denen sie den Bestrebungen der Arbeiter entgegenzutreten. Als Bundesgenossen benutzen sie die gelben Gewerkschaften, deren gemeingefährliches Treiben einer scharfen Kritik unterworfen wurde. Auch die Uneinigkeit in der Arbeiterbewegung hilft den Unternehmern. Welche Früchte diese Uneinigkeit zeitigt, wurde an dem Gange der Werftarbeiterbewegung, an den Ereignissen bei der Firma Steinway u. Söhne in Hamburg und am Kampfe der Bauereiarbeiter in der Schweiz erläutert. Der Redner wies dann nach, daß die Gewerkschaften stets die Interessen der Arbeiterchaft wahrgenommen und vorbildlich gewirkt haben. Obwohl das Reich habe die mühsertgültigen sozialen Einrichtungen der Deutschen Gewerkschaften nachgeahmt als auch die Gegner, die früher die Gewerkschaften deswegen mit Schmutz beworfen haben. Zum Schluß richtete der Vortragende einen eindringlichen Appell an die Anwesenden, jederzeit der Pflichten, die die Zugehörigkeit zur Organisation auferlegt, eingedenk zu sein, nicht zu rasten in der Aufklärungsarbeit und jede Gelegenheit zu benutzen, neue Mitglieder der Organisation zuzuführen. An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Diskussion an, nach der folgende Resolution einstimmig Annahme fand:

„Die am 24. September im Wöbeln tagende außerordentliche Ortsverbandsversammlung protestiert nach

einem Vortrag des Verbandssekretärs. Kollegen Lewin-Berlin, mit aller Entschiedenheit gegen die seitens der sozialdemokratischen Gewerkschaften geübte Weigerung, mit anderen Organisationen in Verhandlungen mit den Unternehmern einzutreten, wie es der Werftarbeiterausstand gegenwärtig wiederum gezeigt hat. Die Versammlung erklärt, nur dann gemeinsam mit anderen Gewerkschaften zu verhandeln und in eine Bewegung zu treten, wenn die volle Gleichberechtigung gewahrt und die Leitung der Kirch-Dunderschen Gewerkschaften zu den Beratungen zugezogen wird. Die Versammlung protestiert des Weiteren mit aller Entschiedenheit gegen die Kampfbild der sozialdemokratischen Gewerkschaften, andersorganisierte Arbeiter brotlos zu machen, wie es die Vorgänge in Hamburg gezeigt haben, indem dadurch das freie Koalitionsrecht und der Wahlprüch: Gleiches Recht für alle, direkt mit Fügen getreten wird."

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete eine Besprechung der Fleissteuerung. Der Vorsitzende, Kollege Riedel, gab ein einleitendes Referat, das ebenfalls eine lebhafteste Aussprache zutage förderte. Die Stimmung der Versammlung gibt folgende ebenfalls einstimmig angenommene Resolution wieder:

"Die Ortsverbandsversammlung des Ortsverbandes der Deutschen Gewerkschaften zu Döbeln ersieht nach einer ausgiebigen Aussprache in der Weigerung der einzelnen Regierungen, der bestehenden Fleischnot durch Öffnung der Grenzen Abhilfe zu schaffen, eine schwere Schädigung des werktätigen Volkes, insbesondere des Arbeiterstandes und dessen Familien. Auf der einen Seite erfordert die Zeitgeist eine erhöhte Schaffens-tätigkeit, auf der andern Seite erschwert man die Beschaffung des notwendigsten Nahrungsmittels, des Fleisches. Die Familien mit kleinem Einkommen, mußten sich bisher schon die größten Einschränkungen in der Ernährung auferlegen, weil die Beschaffung der Lebensmittel und der anderen notwendigsten Bedarfs-gegenstände für eine aus mehreren Köpfen bestehende Arbeiterfamilie infolge der hohen Preise immer schwieriger wurde. Die Versammlung erwartet deshalb vom Bundesrat und den verbundenen Regierungen, daß baldmöglichst geeignete und wirksame Mittel angewendet werden, um eine Verbilligung der not-wendigsten Nahrungsmittel herbeizuführen."

Nach diesem Punkt erklärte noch die Versammlung, daß sie bei stattfindenden Parlamentswahlen nur solchen Kandidaten ihre Stimme geben würde, deren Partei die Gewähr bietet, daß sie 1. für das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, 2. für Verbilli-gung der Lebensmittelpreise, 3. für das uneinge-schränkte freie Koalitionsrecht aller Arbeiter und Ge-hilfen und 4. für die Reform des Arbeitsrechtes und Schaffung eines Reichs-Einigungsamtes eintreten wird. Zum Schluß machte der Vorstand bekannt, daß in dem Ortsverbande Diskussionsabende eingeführt werden sollen, damit die Mitglieder über Ziele und Tätig-keit der Deutschen Gewerkschaften noch besser aufgeklärt würden."

§ Düsseldorf. Zu der angebotenen Metallarbeiter-aussperrung nahm eine stark besuchte Vertrauens-männerführung des Gewerkschafts der Maschinenbau- und Metallarbeiter, Ortsverein Düsseldorf, am ver-gangenen Donnerstag Stellung. Nach einem eingehenden Referat und reger Aussprache gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: "Die heutige im Verbandsrat der Gewerkschaften tagende Vertrauens-männerführung beurteilt ganz entschieden das Vorgehen der Arbeitgeber bezüglich der geplanten Metallarbeiter-aussperrung; sie beurteilt aber nicht minder das ein-seitige Vorgehen der „freien“ Gewerkschaften, die un-

gesehenet der hierdurch entfallenden schweren Schädigung der allgemeinen Arbeiterinteressen, alle anderen Or-ganisationen auszukümmeln versuchen. Die Versammel-ten billigen das Vorgehen des Generalrats und ver-pflichten sich, überall für strikte Durchführung der ge-gebenen Anweisungen Sorge zu tragen und bei einer eventuellen Umfrage sich überall als Gewerksvereiner zu bekennen."

§ Insterburg. Auch unser Ortsverband hat zu der herrschenden Fleissteuerung Stellung genommen und zum 23. September eine öffentliche Versammlung ein-berufen, die nicht nur aus den Kreisen der Arbeiter, sondern auch aus den übrigen Bevölkerungsschichten sehr gut besucht war. Das Referat über die Fleis-steuerung und die allgemeine Wirtschaftslage hatte Herr Wiede mann-Königsberg übernommen, der in an-schaulicher Weise die verkehrte Wirtschaftspolitik kriti-sierte. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall und allgemeine Zustimmung, so daß von einer Dis-kussion abgesehen werden konnte. Einstimmig nahm die Versammlung folgende Resolution an:

"Die zum 23. September 1910 von dem Ortsver-band der Kirch-Dunderschen Gewerkschaften zu Inster-burg nach dem Gesellschaftshaus einberufene, von Männern und Frauen aus allen Kreisen der Ein-wohnerschaft Insterburgs zahlreich besuchte Versamm-lung erblid in der seit längerer Zeit herrschenden Fleis-steuerung und in der Erschwerung der gesamten Lebenshaltung durch die verkehrte Wirtschaftspolitik eine schwere Schädigung des gesamten Volkes. Sie er-sucht daher die Regierung, ungesäumt Maßnahmen zu treffen, welche bei ausreichendem Schutz der heimischen Landwirtschaft die genügende Ernährung des Volkes bei angemessenen, möglichst wenig schwankeenden Preisen sicherstellen. Sie fordert in erster Linie Erleichterung der Einfuhr von Fleisch und Vieh unter Anwendung des nötigen Seuchenschutzes und Aufhebung der Futter-mittelzölle."

Mit einem Appell an die Erschienenen, namentlich an die Frauen, sich auch sonst ebenso regen am öffent-lichen Leben zu beteiligen, schloß Johann der Vorsitzende, Kollege Geisler, die gut verlaufene Versammlung."

Verbands-Zeil.

Besammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.). Verbandsrat der Deutschen Gewerkschaften, Greifswalderstr. 221-23. Mittwoch, 5. Oktober, Vortrag des Kollegen Kustel über: "Die Veritarbeiter-bewegung und andere aktuelle Streitfragen". Gäste will. — **Gewerkschaften-Liedertafel (G.-D.).** Jeden Donner-stag abds. 9-11 Uhr, Übungsstunde im Verbandsratshaus der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste will. — **Sonntag, 8. Oktober. Maschinenbau- und Metall-arbeiter II.** Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung Fruchtstr. 36 a. I. Mitteilungen. II. Monatsbericht. III. Vortrag des Kollegen Joseph über den Gewerkschaftsstand in Köln. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung, Gerichstr. 71. I. D. I. Protokoll. 2. Mo-natsbericht. 3. Anträge zum Delegiertentag. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX.** Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Vereinslokal Böttcherstr. 22. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Krull, Kuhbuserstr. 51. Vortrag des Kollegen Lewin: "Der deutsche Bauernkrieg". — **Maschinenbau- und Metallarbeiter V.** Am 8. Okt. fällt die Versammlung wegen des Herbstferienausgangs aus. Dafür am 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Schumacher, Staltpfer. 126 in der Glashalle.

Orts- und Bezirksverbände.
Tottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Dien-stag im Monat bei Nobel, Berlinerstr. 120. — **Duisburg (Distriktsklub).** Jeden 1. und 3. Sonn-abend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Jansen, Friedr. Wilhelmsstr. 23, Duisburg. — **Düsseldorf (Distriktsklub).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr, Verbandsratshaus, Rürschstr. 23. Sitzung. — **Eberfeld-Warmen (Ortsverband).** Jeden 1. Donnerstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Beire e-Führung bei Moggel-säpfer, Eberfeld, Eisenstr. und Erholungstr.-Ecke. — **Geisler (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverbands-Vereinerführung, vormittags 10 Uhr, im Reichslokal C. Simon, Alter Markt. — **Laaren b. Nagen.** Jeden 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsklub bei Ludewig. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch abds. 8 1/2 Uhr präz., im Hüttmanns Hotel, Poststr., Distriktsklub. — **Herrsch (Distriktsklub).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Jander, Oststr. — **Hannover, Linden und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, den 9. Oktober, morgens 9 Uhr, Orts-verbandsversammlung in Königswörth. Die Fragebogen vom Verein der Kaufleute sind zu erledigen. — **Hohenmölsen (Ortsverband).** Sonntag, 9. Oktober, nachm. 3 1/2 Uhr, öffentliche Gewerkschaftsversammlung im „Preußischen Hof“ zu Hohenmölsen. Vortrag des Kollegen R u r a c h - B u r g über: "Die heutigen Arbeits-kämpfe und die Notwendigkeit der Organisation". — **Köln (Distriktsklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr, im Restaurant „Roter Kolp“, Eiferstraße. — **Leipzig (Gewerkschaften-Liedertafel).** Die Übungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Ver-einslokal „Stadt Hannover“, Ertelstr. 25, statt. Gäste und kumbelegte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Ortsverband für das obere Herzogtum.** Sonntag, den 9. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr in Nagen, Hotel Schmelzer Vertretung. 4 Uhr öffentliche Versammlung deselbst. Vortrag des Kollegen S. Falterberg-Lüßeldorf über: "Die Reichsversicherungsordnung". Erscheinen notw. — **Waldheim - Nahe (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertretung beim Wirt Joh. Müller, Sandstraße 88. — **Stettin (Sängerchor der Gewerkschaften).** Die Übungs-stunden finden jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Nobel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herz-l. willk. — **Schmölln (Ortsverband).** Sonntag, 9. Oktober, nachm. 3 Uhr, Versammlung im Restaurant „Ritter Adler“, bei Helm in Öhnh. Tagesordnung: 1. Geschäftsliches. 2. Vor-trag des Kollegen Magrod-Schmölln: Ueber die gefähr-dete Reichsversicherungsordnung". 3. Verschiedenes. — **Zegel (Distriktsklub für Zegel, Borsigwalde und Reinickendorf).** Sitzung jeden Dienstag abds. von 8 bis 10 Uhr bei Geuner, Berlinerstr. 38. Gäste willkommen. — **Hedermünde u. Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 9. Oktober, 4 Uhr, öffentliche Gewerkschaftsversamm-lung im Caféin (Gasthof zur Randow). Tagesordnung: Stellungnahme zur Reichsversicherungsordnung. — **Wegscheid a. S. (Gegenseitigkeit der Gewerkschaften).** Übungsstunde jed- Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizhaus“, Schützenstraße. Gefangene Gewerkschaften sind herzlich willkommen. — **Wegscheid (Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften).** Jeden Mittwoch 9-11 Uhr Sitzung im Rest. „Sommerberg". — **Witten u. Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 9. Okt., nachm. 3 Uhr, kominierte Vorstand v. B. Vertretung. 4 Uhr Ortsverbandsversammlung in Annen bei Heinrich Bränte, gegenüber dem Bahnhof Annen-Nord.

Veränderungen bezw. Erklärungen zum Abrechnungs-verzeichnis.
Wanne. (Bezirksleitung des Gewerkschafts der Bergarbeiter) Heinrich Hartke, Bahnhofstr. 207.

Anzeigen-Zeil.

Insertate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3.
 Bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Konsumstellen, Lombardgeschäften usw. aufkaufe. Ferner liefere ich 100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk., 100 Stück feine 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück feine 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk. Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft. — 100 Probe, franco. — Nichtformuliertes nehme anfrachtet zurück. Versand nicht unter 100 Stück. — 25 Pf. Verbandshaus, Berlin C., Neue Schönhauser Straße 16. — Gröndel 1888.

Alles zusammen nur zwei Mark!
 Uhrkette, Siegelring, Portemonnaie, Kraw.-Nadel.
 Bei Bestellung bitte Fingerstempel angeben.
 Bei Bestellung bitte Fingerstempel angeben.
 Billigste Amerik. Brillant-Krawatten-Nadel. Bei Weiter-verkauf von 5 und 10 Ketten in ihrem Bekannten-Verzeichnis erhalten Sie bei 5 Ketten 1 hochgelegenes Opern-glas mit Kompass sowie mit einfacher und doppelter Vergrößerung und bei 10 Ketten 1 granitierter goldbedeckter silberner Remontoir-Uhr vollständig gratis. Unsichere Dauberschrauben. Damen-Kalotten zum selben Preise. Lieferant höherer Beamten. Schreiben Sie sofort eine Postkarte an ersuchen um Zusendung per Nachb. Richard Jähde, Berlin O 34, Abt. 21.

Gera (Ortsverband). Die Unter-fügung an durckführende Gewerkschaften wird angezeigt bei Franz Wagner, Gera, Bären-gasse 11.
Primmensan (Ortsverb.). Durch-reisende Kollegen erhalten 75 Pfa. Unterfügung. Markenausgabe beim Roll. R. A. D. a. m., Oloaurefer 18.
Sommerfeld-Gassen. Durch-reisende Arbeitslose erhalten das Ortsverbandsgeldstück im Betrage von 75 Pfg. beim Roll. Gustav Stiller, Sommerfeld, Pförtnerstr. 61a.
Geielingen a. St. (Ortsver-band). 50 Pfg. bei Georg B a n s h a f, Bismarckstr. 26.

Billige böhmische Bettfedern
 1 Pfund graue gute, geschliff., 1 M.; prima halbwelke 1 M. 30; 1 Pfund weiße flaumige geschliffene 1 M. 70, 1 M. 90; 1 Pfund schnee-weiße, feinste, geschliff. 2 M. 70, 3 M. 40. Versand sofort gegen Nachnahme, von 10 Pfund an frat. ko. Umtausch gestattet; für Nichtpassendes Geld reour. Pretelliste gratis.
 S. Benisch, Deschenitz Nr. 1168. (Böhmen).

Das Versammlungs-Bücherbuch 1911
 Auf Kredit.
 Zinslos 3 Monate.
 Zinslos 6 Monate.
 Zinslos 9 Monate.
 Zinslos 1 Jahr.
 Zinslos 1 1/2 Jahre.
 Zinslos 2 Jahre.
 Zinslos 3 Jahre.
 Zinslos 4 Jahre.
 Zinslos 5 Jahre.
 Zinslos 6 Jahre.
 Zinslos 7 Jahre.
 Zinslos 8 Jahre.
 Zinslos 9 Jahre.
 Zinslos 10 Jahre.